



In einer fast einstündigen Pressekonferenz gestern Abend gab Präsident Biden keinerlei Hinweis darauf, dass er in Erwägung zieht, seine Wiederwahlkampagne zu beenden – trotz Aufforderungen aus seiner eigenen Partei und einem Einbruch bei den Spendensammlungen. Auf die Frage, warum er den Stab nicht an eine jüngere Generation weitergebe, argumentierte der 81-Jährige, dass die „Schwere der Situation“ Erfahrung verlange.

Nachdem er zunächst vom Teleprompter abgelesen hatte, versuchte Biden, einige kritische Fragen zu seinem Alter und seiner Eignung für das Amt zu entschärfen. Seine Antworten waren teils überzeugend, teils mit einigen Ausrutschern versehen, als er etwa „Vizepräsident Trump“ statt Kamala Harris sagte. Stunden zuvor hatte er den ukrainischen Präsidenten, Wolodymyr Selenskyj, bei einem NATO-Treffen als „Präsident Putin“ vorgestellt.

Doch Biden tauchte auch tief in komplexe außenpolitische Antworten ein und verbrachte mehr Zeit am Rednerpult als bei seinen letzten zwei Solo-Pressekonferenzen. Er prahlte mit seinen Erfolgen auf der Weltbühne, verwies auf den Rückgang der Inflation in den USA und zeigte sich optimistisch, dass Hamas und Israel eine Vereinbarung zur Beendigung des Krieges in Gaza abschließen können.

Präsident Biden hat nur 14 Solo-Pressekonferenzen abgehalten – die wenigsten aller Präsidenten seit Ronald Reagan – und dies war seine erste seit November.

Das Biden-Team entsandte Mitarbeiter, um sich mit demokratischen Abgeordneten zu treffen und deren Nervosität zu beruhigen, während weitere fünf Mitglieder des Repräsentantenhauses den Präsidenten aufforderten, zurückzutreten. Einige der Biden-Berater sind davon überzeugt, dass der Verzicht auf seine Wiederwahl schmerzhaft, aber unvermeidlich ist.

Demokratische Wähler äußern seit Jahren Zweifel an Bidens verbalen Ausrutschern, veralteten Referenzen und ungleichmäßigem, stockendem Redestil. Diese Ängste haben sich während seiner Präsidentschaft weiter vertieft.

Pentagon schließt Hilfspier in Gaza

Die Biden-Administration wird den 230 Millionen Dollar teuren temporären Pier, den das US-Militär gebaut hatte, um humanitäre Hilfe nach Gaza zu bringen, nun wieder abbauen. Hilfsschiffe werden bis auf Weiteres wieder den Hafen von Aschdod, Israel, anlaufen müssen. Ein Versuch, den Pier diese Woche wieder mit dem Strand in Gaza zu verbinden, war gescheitert.



Humanitäre Gruppen erklärten, dass der Pier seine Mission weitgehend verfehlt habe. In den fast zwei Monaten seit seiner ersten Anbindung an die Küste war der Pier nur etwa 20 Tage im Einsatz. Die restliche Zeit wurde er repariert, nachdem raue See ihn auseinandergerissen hatte, oder er konnte aus Sicherheitsgründen nicht benutzt werden.

Israel: Ein israelischer General wurde von Fehlverhalten freigesprochen, weil er einen Befehl zum Beschuss mit Panzern eines israelischen Hauses gegeben hatte, in dem Hamas-Kämpfer Geiseln hielten. Der Angriff dürfte mindestens eine Geisel getötet und eine weitere verletzt haben.

Gaza: Viele Bewohner von Gaza-Stadt ignorieren eine israelische Warnung, nach Süden zu fliehen. „Menschen werden überall getötet“, sagte einer von ihnen.

Ägypten: Einige der zehntausenden Palästinenser, die nach Kairo geflohen sind, sind der Meinung, dass sie dort kaum Zukunftsperspektiven haben.

WEITERE TOP-NACHRICHTEN

- **Hitzewelle:** Der Juni war der 13. Monat in Folge, der einen globalen Hitzerekord brach. Experten warnen, dass die jüngsten intensiven Hitzewellen „das neue Normal“ seien.
- **Russland:** Die USA und Deutschland kündigten an, ab 2026 amerikanische Langstreckenraketen in Deutschland zu stationieren. Moskau versprach eine „militärische Antwort“.
- **Krieg in der Ukraine:** US-Geheimdienste deckten einen russischen Plan auf, den Chef eines deutschen Waffenherstellers zu töten, um die Hilfe für die Ukraine zu behindern.
- **Kenia:** Präsident William Ruto entließ sein Kabinett nach wochenlangen Antiregierungsprotesten, bei denen mindestens 41 Menschen starben.
- **Yulia Nawalnaja:** Russland hat die Witwe des Oppositionskämpfers Alexei Nawalny auf eine offizielle Liste von Terroristen und Extremisten gesetzt.
- **Trump:** Der ehemalige US-Präsident wird voraussichtlich den ungarischen Premierminister Viktor Orban in Florida treffen.